
Anhörung zum Thema „Systemischer Wettbewerb - Menschenrechte als integraler Bestandteil der Weltordnung“ am 30. November 2022

Stellungnahme von Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik

Universalität der Menschenrechte

Die Menschenrechte gelten universell, das heißt für alle Menschen gleich. Gleichzeitig erleben wir immer wieder, dass unterschiedliche Konzepte und Verständnisse von Menschenrechten mit etwaigen kulturellen Unterschieden bzw. Besonderheiten begründet werden. Auch autoritäre Regime nutzen immer wieder dieses Argument, um die Geltung von Teilen der Menschenrechte in Frage zu stellen. Welche Aktualität hat diese Debatte, welche Gefahren birgt sie und wie kann man in der heutigen internationalen Debatte den Anspruch der Universalität der Menschenrechte im Hinblick auf kulturelle Besonderheiten verteidigen? (SPD)

Russland liefert ein prägnantes Beispiel dafür, wie autoritäre Regime unter Verweis auf kulturelle Argumente die Geltung der Menschenrechte in Frage stellen und einengen. Es geht dabei insbesondere um die Rechte von Homosexuellen und queeren Personen.

2013 verabschiedete das russische Parlament, die Staatsduma, ein Gesetz „zum Schutz gegen homosexuelle Propaganda“. Das Gesetz zielt darauf ab, „Kinder vor Information zu schützen, die die Verneinung traditioneller Familienwerte befördern könnte“. Es verbietet die „Bewerbung nicht-traditioneller sexueller Beziehungen gegenüber Minderjährigen“ in den Medien, im Internet oder auf andere Weise. Das Gesetz hat wesentlich zur Unterdrückung der russischen LGBT Gemeinschaft und zu ihrer Verdrängung aus dem öffentlichen Leben beigetragen. Es unterbindet Aufklärung und psychologische Betreuung und Beratung von jungen Menschen und beraubt sie somit wichtiger Hilfestellung bei der Selbstentfaltung. Das Gesetz ist zugleich Ausdruck homophober Haltungen in der russischen Gesellschaft und Elite und ihrer politischen Instrumentalisierung durch den Staat. Diskriminierung und Gewalt gegenüber queeren Menschen haben in Russland im vergangenen Jahrzehnt immer weiter zugenommen. Staatliche Akte wie das be-

sagte Gesetz und homophobe und queer-feindliche Rhetorik leisten dieser aus Menschenrechtsperspektive hochproblematischen Entwicklung Vorschub. Die neue russische Verfassung von 2020 legt die Ehe als Vereinigung von Mann und Frau fest.

Die russische politische Führung argumentiert im Zusammenhang mit Homosexualität und LGBTQ nicht mit kultureller Andersartigkeit oder Besonderheit. Sie erhebt vielmehr den Anspruch, die eigentliche Wahrerin der christlich-europäischen Kultur zu sein und diese gegen dekadente und „unmenschliche“ Entwicklungen in der EU und anderen westlichen Staaten zu schützen. Präsident Putin hat sich dazu wiederholt und ausführlich geäußert, zuletzt in seiner Rede am 30. September 2022 anlässlich der proklamierten Annexionen von vier ukrainischen Gebieten, in der er dem Westen die Umkehrung christlicher Werte und „puren Satanismus“ vorwarf.¹ Dieses Narrativ wird auch von der Russisch Orthodoxen Kirche aktiv unterstützt. Es findet Anklang bei ultra-rechten und ultra-konservativen Kräften in Westeuropa.

Die drastische Verhärtung der russischen Autokratie und der Abbruch der Beziehungen mit der EU/dem Westen führen zur weitgehenden Isolation der russischen Gesellschaft. Ohne tiefgreifenden politischen Wandel in Russland wird es in den kommenden Jahren sehr schwer bis unmöglich sein, auf eine Verbesserung der Menschenrechtslage in diesem Bereich hinzuwirken. Viele feministische und LGBT-Aktivist:innen haben, wie Tausende andere Vertreter:innen der unabhängigen russischen Zivilgesellschaft und Opposition, seit Februar 2022 (oder bereits davor) das Land verlassen. Sie zu unterstützen und mit ihnen zusammenzuarbeiten ist ein Weg, der Universalität von Menschenrechten Ausdruck zu verleihen – nicht zuletzt mit Blick auf möglichen zukünftigen politischen Wandel in Russland.

Welches (eine) Menschenrecht sehen Sie als wichtigstes im „systemischen Wettbewerb“, und warum? (AfD)

Die Menschenrechte sind unteilbar - auch im systemischen Wettbewerb.

¹ <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/69465>.

Wie sehr sind Menschenrechte „integraler Bestandteil der Weltordnung“, wenn viele Länder sie dem Kollektiv (China) oder der Religion (islamische Staaten) unterordnen? (AfD)

Die Universalität der Menschenrechte sind durch die UN Menschenrechtskonvention, weitere Konventionen zu Menschenrechten und die entsprechenden UN-Menschenrechtspakte festgeschrieben. UN-Mitgliedstaaten, die diese verbindlichen Rechtsgrundlagen ignorieren und Menschenrechte unter Verweis auf Kollektiv oder Religion verletzen, handeln rechtswidrig.

Bedrohung der regelbasierten internationalen Ordnung durch autoritäre Regime

Der erneute russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ist eine Zäsur, dem ein Prozess mit immensen Auswirkungen auch auf die russische Gesellschaft mit massiven Einschränkungen der Menschenrechte vorausging. Welche Ziele verfolgt das Regime Putin innerstaatlich wie auch auf internationaler Ebene, mit welchen Mitteln und Methoden wirkt es darüber hinaus auf Staaten und in ihre Gesellschaften hinein? (CDU/CSU)

Der erneute Einmarsch in die Ukraine hat Russland in die Diktatur katapultiert. Binnen weniger Wochen wurde Kriegszensur eingeführt und die letzten noch verbliebenen unabhängigen Medien zerstört. Staatliche Repressionen gegen Zivilgesellschaft und Opposition sowie gegen die in den ersten Tagen der Invasion entstehende Antikriegsbewegung sind so breit und massiv wie nie zuvor in Russlands post-sowjetischer Geschichte. Der russische Staat weist heute außerdem totalitäre und faschistische Tendenzen auf. Die politische Führung hat die offene Jagd auf die „fünfte Kolonne“ im Land ausgerufen. Wöchentlich werden NGOs, Aktivist:innen, Medienschaffende und Oppositionelle als „ausländische Agent:innen“ gebrandmarkt und repressiert. Mittlerweile haben wahrscheinlich Hunderttausende russische Staatsbürger:innen aus Angst vor politischer Verfolgung (oder Einberufung) das Land verlassen. Die aggressiv-nationalistische, militaristische, anti-ukrainische und anti-westliche Propaganda ist permanent und umfassend. Sie dringt immer tiefer in das Schul- und Ausbildungssystem ein. Schulen müssen nun verpflichtend wöchentliche Unterrichtsstunden mit patriotischen und militaristischen Inhalten („Gespräche über Wichtiges“) einplanen. Ähnliches gilt seit Beginn des neuen Lehrjahrs an den russischen Universitäten. Auch Kindergärten müssen patriotische und militaristische Inhalte in ihre Programme

integrieren. Dieser Trend ist nicht ganz neu, hat sich aber seit dem 24. Februar exponentiell verschärft. Durch die Politisierung und Indoktrinierung von Erziehungsinhalten durchbricht der Staat massiv die bislang weitgehend unberührte Grenze zwischen öffentlichem und privatem Leben - und zeigt somit totalitäre Intention.

Die Autokratisierung des russischen politischen Systems ist eine Entwicklung der vergangenen anderthalb Jahrzehnte. Sie hat in diesem Zeitraum eine Reihe von Schüben erfahren. 2011/12 kam es im Zusammenhang mit dem „Ämtertausch“ zwischen Wladimir Putin (damals Premierminister) und dem damaligen russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew, den gefälschten Wahlen zur Staatsduma und der Rückkehr Putins in den Kreml zu Massenprotesten in großen russischen Städten, die brutal niedergeschlagen wurden. Dies und die Beobachtung des internationalen Militäreinsatzes in Libyen 2011, der zum Sturz von Machthaber Muhamar Gaddafi führte, prägten die weitere autokratische Entwicklung Russlands unter Wladimir Putin. Es folgten die Annexion der Krim und der Beginn des Krieges im Donbas 2014, die Nationalismus und Repression im Inneren weiter ankurbelten. Wahlen sind bereits seit dem 2000er Jahren keine freie Willensäußerung der Bevölkerung mehr, sondern werden im Vorfeld und an Wahltagen systematisch manipuliert und gefälscht.

2020 war ein weiteres entscheidendes Jahr für die Entwicklung des politischen Systems. Vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie wurde im ersten Halbjahr 2020 eine neue russische Verfassung verabschiedet, die Putin die Möglichkeit sichert, bis 2036 im Amt zu bleiben. Sie verleiht außerdem traditionellen Familienwerte Verfassungsrang und stellt nationales russisches über internationales Recht. Im August 2020 lösten die Massenproteste gegen die gefälschte Präsidentschaftswahl in Belarus einen tiefen Schock in den Moskauer Machtzirkeln aus. Die Ereignisse im Nachbarland trafen die politische Führung völlig unvorbereitet. Sie wurden sofort zur Projektionsfläche für eigene Befürchtungen - bzw. Hoffnungen auf Seiten der russischen Opposition. Das Regime in Moskau entschied nach kurzem Zögern, den belarussischen Machthaber Lukaschenka bei der Niederschlagung der Demokratiebewegung rückhaltlos zu unterstützen und trieb danach die Autokratisierung im eigenen Land noch entschlossener voran. Die wichtigsten innenpolitischen Wegmarken zwischen August 2020 und Februar 2022 waren: die versuchte Vergiftung des Oppositionspolitikers Alexej Nawalny, die Verabschiedung weiterer hochgradig repressiver Gesetze im Dezember 2020, ihr Einsatz zur Unterdrückung und Zersplitterung von Opposition und unabhängiger Zivilgesellschaft vor den Wahlen zur Staatsduma im September 2021, die Festnahme und politisch motivierte Aburteilung Alexej Nawalyns nach seiner Rückkehr nach Moskau im Januar 2021, die brutale Niederschlagung von Massenprotesten gegen seine

Festnahme im Februar und März 2021. Bereits in dieser Phase veränderten sich die Repressionstechniken des russischen Staates grundlegend. Bis 2021 wurden Repressionen selektiv angewandt, um einzelne Personen oder Organisationen politisch auszuschalten. Seit Beginn 2021 weitete der russische Staat die Verfolgung und Unterdrückung politischen Dissenses immer weiter aus. Tausende Bürger:innen, die sich an Protesten beteiligt hatten, sahen sich Repressalien und rechtlicher Verfolgung ausgesetzt. Auch hier überschritt der Staat - bereits vor dem erneuten Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 - eine zuvor umsichtig eingehaltene Grenze.

Das russische Regime unter der Führung von Wladimir Putin verfolgt zwei Ziele: Machterhalt und die Wiederherstellung russischer imperialistischer Größe, verbunden mit der Zerstörung der amerikanisch dominierten liberalen internationalen Ordnung und ihrer Ablösung durch eine multipolare Ordnung der Großmächte. Innenpolitisch ließ sich der Machterhalt nur noch durch kontinuierliche Autokratisierung sichern, nachdem wirtschaftliche Performanz als Legitimationsquelle bereits Anfang der 2010er Jahre versiegte. Nationalismus und nationalistische Propaganda gewannen im gleichen Zeitraum an Bedeutung. Sie wurden ebenfalls eingesetzt, um Legitimität zu generieren. In den ersten Jahren nach der Krim-Annexion 2014 gelang dies. Ab 2018 jedoch machte sich immer mehr Unzufriedenheit in der Bevölkerung bemerkbar, die nur noch durch gesteigerte Repression kontrolliert werden konnte.

Die nationalistisch-aggressive Außenpolitik Moskaus setzt auf unterschiedlichen Ebenen unterschiedliche Instrumente ein. Der gegenwärtige Krieg zielt darauf ab, die Ukraine als unabhängigen Staat zu zerstören. Russland ist durch den Verlauf des Krieges an der Umsetzung seiner Kriegsziele gehindert worden. Diese bleiben aber unverändert die Einverleibung des ukrainischen Territoriums in eine russische Einflusszone und die Verhinderung der Ausweitung westlichen Einflusses (NATO, EU) nach Osten. Diese Ziele erstrecken sich nicht nur auf die Ukraine. Sie ist zwar aus Moskauer Perspektive das wichtigste Element der selbst definierten regionalen Einflusszone. Russland spricht aber auch allen anderen post-sowjetischen Nachbarstaaten Souveränitätsrechte ab.

Gegenüber den westlichen Staaten hat Russland in den vergangenen Jahren ein Spektrum von Methoden eingesetzt, die darauf ausgerichtet sind, demokratische Systeme von innen heraus zu schwächen. Dazu zählen u.a. die versuchte Marginalisierung der europäischen Institutionen in Brüssel in den Beziehungen zwischen Russland und der EU, die Aushöhlung und Spaltung demo-

kratischer Organisationen in Europa (EU, Europarat, EGMR, OSZE), Desinformation und Propaganda, Cyberattacken, die Unterstützung anti-europäischer und anti-demokratischer politischer Kräfte in EU-Mitgliedsstaaten.

Russland ist außerdem seit Jahren bemüht, durch Gegenmachtbildung im internationalen System amerikanischen/westlichen Einfluss zu schwächen. Die Beziehungen mit China sind das wichtigste Element dieser Politik. Aber auch die russische Politik in Zusammenschlüssen wie der BRICS oder der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit ist darauf ausgerichtet. Die internationale Teil-Isolation, unter der Russland seit dem Überfall auf die Ukraine leidet, schwächt allerdings Moskaus Position in diesen Konstellationen - denn die Beziehungen zu China, Indien und anderen Staaten sind für Russland nun überlebenswichtig, die russische Abhängigkeit von ihnen deshalb umso größer geworden. Russland baut darüber hinaus seit Jahren seine Präsenz in Asien und Afrika (in geringerem Maße in Lateinamerika) aus. Anti-westliche Narrative spielen auch hier eine große Rolle. Das zeigte sich zuletzt in der russischen Behauptung, nicht die russische militärische Blockade ukrainischer Schwarzmeerbahnen sondern die westlichen Sanktionen verhinderten Getreideexporte aus der Ukraine und Russland und verschärften so die globale Ernährungskrise. Russland versucht sehr gezielt, sich an die Spitze der antikolonialen Bewegung zu stellen, während es einen imperialistischen Krieg gegen die Ukraine führt. Ob diese gelingt bleibt vorerst offen.

Das russische politische System hat sich seit den 2000er Jahren von einer defekten Demokratie über eine weiche Autokratie in die Diktatur entwickelt, die nun einen genozidalen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt. Die russische Diktatur verletzt Menschenrechte auf allen Ebenen. Im Inneren Russlands sind Freiheits- und Bürgerrechte nicht mehr existent. Menschen, die Dissens zur staatlichen Politik äußern, werden in ihrer Existenz und in ihrem Leben bedroht. Folter ist ein alltägliches Phänomen in russischen Gefängnissen. Die russischen Streitkräfte begehen in der Ukraine massive Kriegsverbrechen an der Bevölkerung. Die breit angelegte, systematische Zerstörung der zivilen und kritischen Infrastruktur der Ukraine zielt darauf ab, der ukrainischen Bevölkerung die Lebensgrundlage zu entziehen. Russland tut sich mit anderen menschenrechtsverachtenden Autokratien zusammen und versucht mit ihnen gemeinsam, die internationale Ordnung zu untergraben, deren integraler und unteilbarer Bestandteil Menschenrechte sind. In diesem Sinne ist der Begriff des Systemkonflikts vollkommen angemessen.

Die Autokratisierung und Entdemokratisierung von Gesellschaften weltweit, auch in Europa, nimmt seit einigen Jahren stetig zu. Populistische Parteien gewinnen an Zulauf. Es scheint, als seien viele Menschen in ihrer Sehnsucht nach Sicherheit, die sich auch (aber nicht nur) auf finanzieller Ebene respektive in einem gewissen Maß an Lebensstandard widerspiegelt, dazu bereit, auf ein Stück ihrer individuellen Freiheiten zu verzichten. Wie kann es westlichen Demokratien gelingen, Menschen vom Wert der Freiheit zu überzeugen? (FDP)

Der Schutz vor russischen hybriden Angriffen und Einflussnahme auf westliche Systeme ist ein wichtiger Bestandteil der Resilienz westlicher Demokratien. Dazu gehört unbedingt die Aufklärung nicht nur über russische Propagandalügen in westlichen politischen und gesellschaftlichen Diskursen, sondern auch über die Lebensrealitäten in der russischen Diktatur. Zu diesem Zweck gilt es, Medienkompetenz in der Bevölkerung zu stärken. Schulen, Universitäten, Volkshochschulen, Einrichtungen der politischen Bildung etc. sollten ihr Angebot in dieser Hinsicht ausbauen. Die gleichen Einrichtungen sollten sie Zusammenarbeit mit der russischen Emigration suchen, wenn es um die Aufklärung über politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Russland selbst geht. Der direkte Kontakt und Austausch mit Menschen, die vor politischer Repression aus Russland geflohen sind könnte das Russlandbild vieler Menschen in Deutschland wirkungsvoll korrigieren und das Bewusstsein für den Wert politischer Freiheit schärfen. Diese Menschen sind es, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten versucht haben, in ihrem zunehmend autoritären politischen Kontext Räume für Freiheit und politische Partizipation zu bewahren und zu nutzen. Ihr Schicksal und ihr Mut sollte in unserer Gesellschaft mehr Beachtung finden.

Ebenso wichtig ist es, demokratische Fehlentwicklungen in unseren westlichen Systemen kritisch zu verfolgen und zu korrigieren. Innergesellschaftliche Spaltung und die Stärkung populistischer und anti-demokratischer politischer Kräfte erwachsen in vielen westlichen Gesellschaften aus sozioökonomischer Ungleichheit und ungerechter Verteilung von Gütern. Sozialer Ausgleich ist deshalb ein elementarer Bestandteil der Stärkung von Demokratie durch Demokratie. Wichtig ist zu betonen, dass Demokratien in diesen Bereichen weitaus lernfähiger sind als Autokratien wie Russland, das zu den Ländern mit dem weltweit stärksten sozialen Gefälle und größten Verteilungsproblemen gehört.

Bündnispolitische Solidarität und gemeinsame Unterstützung der Ukraine sind derzeit eine der wichtigsten Prioritäten europäischer und transatlantischer Politik. Der Rechtsstaatskonflikt mit

Polen und Ungarn und andere problematische Entwicklungen in westlichen Demokratien einschließlich den USA dürfen darüber aber nicht in Vergessenheit geraten. Sichtbare und wirkungsvolle demokratische Konsistenz ist ein elementarer Beitrag zur Resilienz gegen Einflussversuche z.B. durch das autoritäre Russland.

Notwendigkeit der Stärkung internationaler und regionaler Menschenrechtssysteme und -Institutionen

Wie sehen Sie die aktuelle Rolle von internationalen Institutionen wie dem Europarat oder dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bei der Verteidigung von Menschenrechten weltweit? Welche (politischen) Maßnahmen muss man ergreifen, um die Autorität und Akzeptanz dieser Institutionen auch international zu stärken? (SPD)

Der Europarat und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte waren für die russische unabhängige Zivilgesellschaft und Menschen in Russland ganz generell über Jahrzehnte eine zentrale Instanz, um die eigenen Rechte geltend zu machen - in einem Staat, der diese Rechte immer konsequenter ignorierte und unterdrückte. Die Beziehungen Russlands zum Europarat war spätestens nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim schwer gestört. Der russischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde 2014 das Stimmrecht entzogen - und 2018 restituiert, wenn auch im Kontext einer sehr kontroversen Diskussion. Am 15. März, drei Wochen nach dem Überfall auf die Ukraine, wurde Russland aus dem Europarat ausgeschlossen. Russische Politiker:innen nahmen dies zum Anlass, über die Aufhebung der Suspendierung der Todesstrafe zu spekulieren. Dies ist bislang nicht geschehen, kann aber für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Die Mitgliedschaft Russlands im Europarat war nach dem Überfall auf die Ukraine nicht mehr haltbar. Für die Menschen in Russland geht mit ihrem Ende ein wichtiges Instrument der Rechtsdurchsetzung verloren. Eine Veränderung des Status Quo und eine Rückkehr Russlands in den Europarat ist erst denkbar, wenn das Land einen tiefgreifenden politischen Wandel in Richtung Demokratie durchlaufen hätte. Bei der Aufarbeitung der Kriegsverbrechen in der Ukraine und für die übrigen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa kann und sollte der Europarat aber weiter eine wichtige Rolle spielen.

Mögliche Folgen systemischer Konkurrenz

Wie verhalten sich partikularistische Ansätze der Außenpolitik - feministisch, wertebasiert, regelbasiert - im Verhältnis zu universellen und inklusiven Herangehensweisen (Multilateralismus) hinsichtlich der Möglichkeit einer neuen Blockkonfrontation? (DIE LINKE.)

Feminismus, Werte- und Regelbasiertheit sind keine partikularistischen Ansätze, sondern Querschnittsthemen, die in allen Bereichen von Außenpolitik - und damit auch in multilateralen Zusammenhängen - eine Rolle spielen sollten.

Eine Blockkonfrontation wie zu Zeiten des Ost-West-Konflikts zeichnet sich nicht ab. Vielmehr bildet sich tatsächlich eine Multipolarität in den internationalen Beziehungen heraus, in der sich einige Akteure in einem systemischen Gegensatz befinden: der erweiterte Westen einerseits und China mit Russland im Kielwasser andererseits. Darüber hinaus wird es aber weitere Pole geben, und viele Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika werden sich zwischen diesen verschiedenen Polen bewegen.

Inwiefern sind bei einer möglichen Orientierung auf „systemischen Wettbewerb“ oder „systemische Konkurrenz“ Auswirkungen auf wirtschaftliche und andere zwischenstaatliche Beziehungen zu erwarten, die sich unter Bedingungen des Multilateralismus in den vergangenen Jahrzehnten etabliert haben, wobei insbesondere relative Verluste und Nachteile für die Volkswirtschaften der Europäischen Union im Vergleich zu anderen großen Wirtschaftsmächten wie den USA, Russland und China zu berücksichtigen wären. (DIE LINKE.)

Die Systemkonkurrenz mit Russland (und China) ist kein westliches politisches Programm (und damit vom Westen einseitig herbeigeführt), sondern erwächst aus den systemischen Unterschieden, der gegenseitigen Beeinflussung über permeable Grenzen in einer globalisierten Welt hinweg und den sich daraus ergebenden Konflikten. Im Falle Russlands müssen die negativen politischen und vor allem sicherheitspolitischen Auswirkungen der Energieabhängigkeit mit bedacht werden, in die sich Deutschland und die EU über Jahrzehnte immer weiter hineinbegaben.

Eine dieser Auswirkungen ist der russische Krieg gegen die Ukraine, der nicht nur die europäische Sicherheitsordnung der Charta von Paris 1990 endgültig in Trümmer legte, sondern auch (und nicht nur) die europäischen Volkswirtschaften aufs Schwerste belastet.